

Medienmitteilung

Freitag, 1. September 2006

Unternehmen und Wirtschaftsverbände gefordert

Pointierte Voten am Tag der Wirtschaft

Drei Monate vor seinem Rücktritt von der Verbandsspitze legte economiesuisse-Präsident Ueli Forster einen ausführlichen Rechenschaftsbericht ab. Nüchtern und gleichzeitig erfreut resümierte Forster seine 5-jährige Amtszeit: „economiesuisse hat in seinen Kernkompetenzen noch nie so gut dagestanden wie heute.“ Diese Feststellung sei umso wichtiger, als in Zeiten verbandsinterner Spannungen Eigenlob keinen Platz habe. Wie ein Unternehmen müsse economiesuisse an den Fakten gemessen werden und diese liessen sich sehen. „economiesuisse sei ein schlanker und effizienter Verband, der weder national noch international den Vergleich zu scheuen brauche“, meinte Forster angesichts der Aufgabenvielfalt und der täglich steigenden Ansprüche aus Wirtschaft und Politik.

Gleichzeitig sei der Ruf nach Reformen, wie er von einigen Mitgliedern formuliert werde, ernst zu nehmen: „Je rascher sich die Welt verändert, desto differenzierter werden die individuellen Ansprüche an Firmen, Branchen und damit auch an die Verbände.“ Die Ordnungspolitik bleibe unser Kompass, doch es gehe immer auch um die Frage, ob unsere Spiesse gegenüber jenen der internationalen Konkurrenz lang genug seien. Bei der Europapolitik stehe deshalb nicht mehr allein die Eurokompatibilität im Vordergrund, sondern die Eurokompetitivität, meinte Forster. In einer globalen Wirtschaft sei Wirtschaftspolitik vor allem Standortpolitik. Vor diesem Hintergrund mache jede Branche andere Güterabwägungen, womit das Dissenspotenzial innerhalb der Wirtschaft ansteige. Die willkommene Profilierung der einzelnen Branchenverbände heisse aber nicht, dass jeder vermeintliche oder effektive Dissens in der Öffentlichkeit ausgetragen werden müsse. Forster forderte daher die Mitglieder auf, die Probleme im Gespräch auszudiskutieren und den Ruf der Wirtschaft nicht aufs Spiel zu setzen. Im Hinblick auf mögliche strategische Änderungen beim Dachverband gab sich Forster zuversichtlich und forderte: „Jede Reform von economiesuisse ist nur soweit sinnvoll, als sie hilft, die Anstrengungen für die besten Standortqualitäten – über die Brancheninteressen hinaus – zu unterstützen. Das ist der Massstab aller Dinge.“

Wettbewerb der Standorte – Europa auf der Suche nach neuer Dynamik

Im Zentrum des Referats des Präsidenten des europäischen Dachverbands der Wirtschaft (UNICE), Ernest Antoine Seillière, stand die Frage der Weiterentwicklung Europas. Die europäische Gemeinschaft stecke heute in einer veritablen Krise, meinte Seillière. Angesichts der boomenden Weltwirtschaft stelle dies für Europa ein ernsthaftes Problem dar. Es brauche deshalb einen neuen Anlauf, die

europäische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Das sei nötig, denn der Weltmarkt werde neben den USA und Japan zusehends von mächtigen Akteuren wie China, Indien und bald von Brasilien und

Russland beherrscht.

Seillière zeigte sich überzeugt von der wirtschaftlichen Kraft vom „Europa der 25“. Dazu brauche es aber eine neue Anstrengung für eine europäische Verfassung. Daneben habe die UNICE sechs Prioritäten formuliert, die zügig an die Hand genommen werden sollten: Reformen für Wachstum und Arbeitsplätze, die Integration des europäischen Binnenmarktes, eine effizientere EU, der Kampf gegen den nationalen Protektionismus, die Option der EU-Erweiterung und die nachhaltige Sanierung der europäischen Sozialsysteme. Beispiele wie Finnland zeigten, dass mit radikalen Reformen der Turn-around zu schaffen sei.

Politische Stabilität als Rahmen für wirtschaftliche Entwicklung

Bundespräsident Moritz Leuenberger betonte in seiner Grussadresse die Bedeutung des Zusammenspiels von Staat und Privatwirtschaft. Eine blühende Wirtschaft sei im grössten Interesse des Staates. Umgekehrt sei die Wirtschaft darauf angewiesen, dass der Staat genügend Mittel habe. Bei der Aufgabenüberprüfung des Bundes gehe dieser Gedanke allzu oft vergessen. Leuenberger erinnerte daran, dass man die Welt nicht einfach in „wirtschaftsfreundlich“ und „wirtschaftsfeindlich“ einteilen könne, denn es gebe ja auch Zielkonflikte innerhalb der Wirtschaft. Ein einzelnes Unternehmen vermöge seine Interessen leicht zu formulieren. Schwieriger und komplexer werde es, wenn die Interessen mehrerer Unternehmen unter einen Hut gebracht werden müssten. Was innerhalb der Wirtschaft bereits zu Zielkonflikten führe, sei bei politischen Entscheiden noch komplexer. Aus diesem Grund seien Wirtschaft und Politik aufeinander angewiesen, denn nur so könne der Strukturwandel bewältigt werden.

Rückfragen:
Fredy Müller
Telefon: 044 421 35 45 oder 079 352 61 59
fredy.mueller@economiesuisse.ch